



TEURE MEDIKAMENTE UND LOHNDUMPING

CETA enthält Teile des ACTA-Abkommens über Urheberrechte und Patente, das 2012 vom Europäischen Parlament abgelehnt wurde. Dadurch stehen einige dieser Themen erneut auf der Tagesordnung. Experten schätzen, dass durch Patentverlängerungen im kanadischen Gesundheitssystem pro Jahr 850 Millionen kanadische Dollar (577 Millionen Euro) zusätzliche Kosten entstehen. Das ermöglicht den Pharmakonzernen zusätzliche Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit.

Die EU-Kommission vertritt in den Verhandlungen vor allem die Interessen der europäischen Industrie. Sie möchte zum Beispiel durchsetzen, dass kanadische Provinzen, Städte und Gemeinden öffentliche Aufträge auch in Europa ausschreiben müssen. Die Bevorzugung lokaler Unternehmen aus ökologischen Gründen wird ausgeschlossen und Lohndumping Tür und Tor geöffnet.

Bei den Freihandelsverhandlungen werden wichtige Themen zur Jongliermasse. Um europäischen Pharma-, Finanz-, und Dienstleistungskonzernen den kanadischen Markt zu öffnen, lässt die Kommission die kanadische Agrar-, Forst-, und Bergbauindustrie auf den europäischen Markt. Ein Kuhhandel zu Lasten der Menschen auf beiden Seiten!

Mehr Informationen zu CETA finden Sie auf www.umweltinstitut.org

DAS UMWELTINSTITUT MÜNCHEN FORDERT:

- CETA darf nicht abgeschlossen werden
- Die Menschenrechte und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen müssen über der Profitgier der Konzerne stehen
- Gentechnik, Fracking und schmutziger Bergbau müssen verboten werden

Auf www.umweltinstitut.org können Sie die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA unterstützen. Dort können Sie auch unseren kostenlosen Newsletter bestellen, mit dem wir Sie über Start und Fortschritt der Initiative informieren.

Das Umweltinstitut München ist ein unabhängiger Verein, der sich gegen Atomkraft, für gentechnikfreies Essen, für eine nachhaltige Energiewende und für den ökologischen Landbau einsetzt.

Spendenkonto:
Umweltinstitut München e.V.
Konto - Nr: 883 11 03
BLZ: 700 205 00
IBAN: DE16700205000008831103
BIC: BFSWDE33MUE
Bank für Sozialwirtschaft



Herausgeber:
Umweltinstitut München e.V.
Landwehrstr. 64a
80336 München
(089) 30 77 49 - 0
info@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

Fotos: Fotolia (1-5), C. Stegellner/cm designbüro (6).
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier. Stand: Juli 2014

Raubbau ohne Grenzen

Das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA





WAS IST CETA?

Das *Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)*, zu deutsch „Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen“, wird seit 2009 zwischen der EU und Kanada verhandelt. Wenn die Ratifizierung erfolgt, wird es das umfassendste Handelsabkommen sein, das die EU bisher abschließend verhandelt hat.

CETA soll Vorbild für eine neue Generation von Handelsabkommen sein. Es wäre das erste Abkommen, das zugleich Freihandels- und Investitionsschutzabkommen ist. In der Landwirtschaft, bei der öffentlichen Beschaffung und vielen Industriegütern gab es noch nie eine so weitgehende Marktöffnung. Bei Dienstleistungen soll alles liberalisiert werden, was nicht explizit ausgenommen wird – und damit auch solche, die es heute noch gar nicht gibt.

Eine Marktöffnung bedeutet immer eine Zunahme von Konkurrenzdruck. Besonders hart trifft es die Landwirtschaft. Die Konkurrenz um immer billigeres Fleisch und Milchpulver geht auf Kosten der Tiere, der Umwelt, der bäuerlichen Landwirtschaft und des Personals in den Schlachthöfen.

Die größte Gefahr an CETA ist jedoch eine Erosion der Demokratie, die wiederum einen radikalen Raubbau an der Umwelt nach sich ziehen wird. CETA ist vor allem ein Abkommen für Konzerne, die von diesem Raubbau profitieren.

RAUBBAU AN DER UMWELT

CETA ermöglicht es Konzernen, die sich durch demokratisch legitimierte politische Entscheidungen geschädigt fühlen, vor außerstaatlichen Schiedsgerichten auf Schadensersatz zu klagen. Konzerne aus den USA, die eigenständige Tochterunternehmen in Kanada haben, könnten CETA ebenfalls für solche Klagen nutzen. Es steht zu befürchten, dass Parlamente sich von vorneherein selbst beschränken, um Klagen der Konzerne zu vermeiden.

Auf der Basis eines solchen Investitionsschutzabkommens droht ein kanadischer Konzern Rumänien mit einer Klage, wenn der Goldabbau im Ort Roşia Montană nicht genehmigt wird. Dort möchte er vier Berge sprengen, um das Edelmetall abzubauen. Dieses soll mit hochgiftigem Zyanid aus dem Gestein gelöst werden. Ein weiterer kanadischer Konzern verklagt gerade die kanadische Regierung auf 250 Millionen Dollar Schadensersatz wegen eines Fracking-Moratoriums.

Der Widerstand wächst

Noch ist CETA nicht beschlossene Sache. Mit einer Europäischen Bürgerinitiative wollen wir die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP (USA) und CETA (Kanada) verhindern. Ab September 2014 müssen dazu innerhalb eines Jahres 1.000.000 Unterschriften gesammelt werden. Seien auch Sie mit dabei!

Infos auf www.umweltinstitut.org

RAUBBAU AN DER DEMOKRATIE

CETA erodiert die Demokratie durch die sogenannte Regulatorische Kooperation. Das bedeutet: Noch bevor sich gewählte Parlamente mit einem Thema beschäftigen, wird es in internationalen Expertengremien besprochen. Diese Gremien sind ein Paradies für die Konzerne: Sie können Regeln für die Umwelt, den Verbraucherschutz oder Arbeitsstandards verhindern, noch bevor Journalisten, Abgeordnete und die Öffentlichkeit davon erfahren.

Bereits während der Verhandlungen verhindert CETA eine Weiterentwicklung der europäischen Umweltpolitik. So ließ die EU-Kommission Pläne für ein Verbot besonders klimaschädlicher Treibstoffe fallen, weil Kanada Öl aus Teersanden in die EU exportieren will. Teersande sind die schmutzigsten fossilen Energieträger. Für den Abbau werden wertvolle Naturwälder und Moore zerstört sowie riesige Mengen an Energie und Wasser verbraucht. Zurück bleibt öliges Abraum, der dauerhaft in toten Seen gelagert werden muss.

CETA stärkt international tätige Großkonzerne und schwächt die Demokratie. Das Abkommen erschwert es der Bevölkerung und der Politik, sich gegen gefährliche Technologien wie Fracking oder Bergbau mit Zyanid zu wehren und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.